

**Titel** Politischer Streik

**Antragsteller** Saarland

**Zur Weiterleitung an** SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesvorstand ,SPD-Bundesparteitag

angenommen       mit Änderungen angenommen       abgelehnt

---

## Politischer Streik

1 **Analyse:**

2

3 In den vergangenen Jahren wurden von politischer Seite aus immer häufiger Reformen und  
4 Entscheidungen gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt, die zu einer deutlichen  
5 Abkühlung des sozialen Klimas in Deutschland geführt haben.

6

7 Und auch die politische Partizipation und das Interesse besonders bei jungen Menschen nimmt  
8 in den letzten Jahren stetig ab – erkennbar nicht nur an den sinkenden Wahlbeteiligungen.

9

10 Gerade vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen wäre es an der Zeit, wieder über andere  
11 Möglichkeiten der politischen Beteiligung nachzudenken, die über das „normale“ Volksbegehren  
12 hinaus gehen. Denn auch wenn die für ein Volksbegehren notwendigen Unterschriften  
13 gesammelt sind gilt dieses in vielen Bundesländern nicht als Verpflichtung für die politischen  
14 Akteur\*innen die Forderungen umzusetzen, sondern lediglich, sich mit der Thematik zu  
15 beschäftigen. Ein gesellschaftliches Mittel, welches tatsächlichen Druck ausüben und eine  
16 Kampfansage an politische Entscheidungen sein könnte, gibt es in Deutschland, im Gegensatz  
17 zu anderen europäischen Ländern, so bislang nicht.

18

19 Der Arbeitskampf, als Kampfmittel im Tarifstreit gehört seit jeher zu einem der mächtigsten  
20 Instrumente, die Gewerkschaften zur Durchsetzung ihrer Interessen zur Verfügung stehen.  
21 Wenn es allerdings um gesellschaftliche Interessen und politische Entscheidungen geht, die  
22 gegen den Willen der Bevölkerung getroffen werden sind die möglichen Formen des Protests  
23 sehr stark eingeschränkt.

24

25 Der politische Streik besitzt in der deutschen Geschichte eine herausragende Rolle. So wurde  
26 die Novemberrevolution, die das Ende des Ersten Weltkrieges und des Kaiserreiches  
27 besiegelte, durch einen politischen Streik von Matrosenverbänden eingeläutet. Auch der  
28 Aufstand des 17. Juni 1953, der ebenso eine Verbesserung der politischen Situation zum Ziel  
29 hatte, muss an dieser Stelle Erwähnung finden. Im Gegensatz zum Streik bei Tarifkonflikten, der  
30 eine konkrete wirtschaftliche Verbesserung mit sich bringen soll, ist die Zielsetzung beim  
31 politischen Streik eine andere.

32

33 Das Streikrecht in Deutschland ist momentan nur ein Richterrecht und wird aus dem  
34 Grundgesetz (GG) hergeleitet. Im Grundgesetz finden sich außer der Koalitionsfreiheit gemäß  
35 Art. 9 Abs.3 nur wenige konkrete Hinweise auf das Streikrecht. Lediglich der im Artikel 20,  
36 Absatz 4 verankerte, sog.. „Widerstandsparagraph“ kann gegebenenfalls noch als ein Recht auf  
37 Streik interpretiert werden. Darüber hinaus gibt es keine explizite Legitimierung des politischen  
38 Streiks und auch die angesprochenen Paragraphen sind juristischen Auslegungen vorbehalten.  
39 Das geltende „Verbot“ des politischen Streikrechts basiert auf einem Urteil des  
40 Bundesarbeitsgerichtes aus dem Jahre 1958, das den politischen Streik als unzulässig

41 betrachtete. Seitdem gab es in Deutschland keine legalen, politischen Streiks mehr.

42

43 Daraus ist allerdings keinesfalls abzuleiten, dass dieses Recht nicht generell vorhanden ist bzw.  
44 vorhanden sein müsste. Vielmehr ist es sogar so, dass die Illegalisierung von Beamtenstreiks,  
45 wilden Streiks, Blockaden, Boykotts, dem Streikverbot durch die christlichen Kirchen, der  
46 Einengung von Streikmöglichkeiten und weiteren Einschränkungen massive Defizite in unserer  
47 politischen und wirtschaftlichen Demokratie darstellt. Diese Illegalisierungen, Einschränkungen  
48 und Verbote stehen im krassen Widerspruch zu dem Art. 23 der allgemeinen Erklärung der  
49 Menschenrechte der Vereinten Nationen, den Übereinkommen 87 und 98 der Internationalen  
50 Arbeiterorganisation (ILO), sowie dem Artikel 6 Abs. 4 der Europäischen (Menschenrechts- und)  
51 Sozialcharta, was dazu führt, dass Deutschland jedes zweite Jahr von der internationalen  
52 Staatengemeinschaft wegen seines restriktiven Streikrechts gerügt wird.

53

54 Insbesondere das Verbot aller Streiks, die nicht explizit auf den Abschluss von Tarifverträgen  
55 gerichtet sind, bildet eine schwere Verletzung dieser Bestimmungen. Diese Verbote bedrohen  
56 unsere Demokratie, da sie die Partizipationsmöglichkeiten der Menschen massiv beschränken.

57

58 Auch von medialer Seite wurde und wird eine zum Teil tendenziös negative Berichterstattung  
59 betrieben. Dabei werden Streikmaßnahmen häufig in ein schlechtes Licht gerückt und  
60 Kommentare im Sinne der Arbeitgeber\*innenverbände, einzelner Arbeitgeber\*innen oder  
61 wirtschaftsliberaler Teile der Politik verfasst.

62

63 Gerade wegen dieses großen Widerstandes seitens der Arbeitgeber\*innenverbände ist es nur  
64 mit einer gemeinsamer Anstrengung von Gewerkschaften und Parteien der  
65 Arbeiter\*innenbewegung möglich, den politischen Streik in Deutschland durchzusetzen.

66

67 Sowohl in den Parteien der Arbeiter\*innenbewegung, als auch auf Seiten der Gewerkschaften  
68 war die Skepsis gegenüber eines politischen Streikrechts in Deutschland nicht unerheblich.  
69 Dennoch entwickelt sich momentan ein breiter Diskurs zu dieser Thematik, der weiter geführt  
70 werden muss.

71

72 Unter anderem in europäischen Ländern wie Spanien, Frankreich, Griechenland, die sich in  
73 Krisenlagen befinden, gehören Generalstreiks mittlerweile zu einem starken Druckmittel der  
74 Bevölkerung. Die Streiks ermöglichen somit eine größere Kontrolle der politischen Institutionen  
75 durch das Volk und sind ein zusätzliches Druckmittel gegenüber den Repräsentanten und  
76 agierenden politischen Kräften. Politische Streiks zielen im Unterschied zu Demonstrationen  
77 nicht nur auf das öffentliche Interesse, sondern auch auf die wirtschaftliche Produktivität und  
78 sind diesen somit deutlich überlegen.

79 Der politische Streik ermöglicht es der Arbeiter\*innenklasse ihre eigenen Interessen in der  
80 Gesellschaft leichter durchzusetzen und das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zwischen Kapital  
81 und Arbeit ein Stück weit in die richtige Richtung zu verschieben.

82

83 Zum jetzigen Zeitpunkt hat Kapital deutlich bessere Möglichkeiten gesellschaftliche Diskurse zu  
84 entfachen, zu gewinnen oder diese zu unterbinden. Durch den Einsatz der Medien kann ein  
85 enormer politischer Druck aufgebaut werden. Gerade letzteres darf in seiner Wirkung keinesfalls  
86 unterschätzt werden, so sind die großen Mediengesellschaften Deutschlands in privater Hand  
87 und können die Masse der Menschen beeinflussen. Dazu muss in diesen Medien noch nicht  
88 einmal gelogen werden, die bloße Darstellung der Informationen kann bereits manipulativ genug  
89 sein, um die gewünschten gesellschaftliche Meinung zu erzeugen.

90

91 Durch das Recht politische Streiks durchzuführen, verbessert sich die Situation der  
92 lohnabhängigen Bevölkerung und sie bekommt ein Druckmittel in die Hand, dass ihr sowieso als  
93 Grundrecht zusteht und nur durch völkerrechtswidrige Entscheidungen genommen wurde.

94

95 **Daher fordern wir**

96

- 97 • die Entfacherung einer gesellschaftspolitischen Debatte zum Thema „politisches  
98 Streikrecht“. Dies kann durch öffentliche Veranstaltungen, Seminar, Workshops, Vorträge  
99 und Podiumsdiskussionen gemeinsam mit den Gewerkschaften geschehen. Wir als Jusos  
100 müssen uns dafür einsetzen, den Diskurs weiter in die Gesellschaft zu tragen und die  
101 Bedeutung des politischen Streikrechts hervorzuheben

- 102 • die Unterstützung der Gewerkschaften bei der Verschärfung und Ausweitung von  
103 umfassenden (Arbeits-)Kampfmitteln der (organisierten) Arbeitnehmer\*innen  
104 • den gemeinsamen Diskurs mit den Gewerkschaften zu suchen und mögliche  
105 Handlungsoptionen für die Umsetzung eines politischen Streikrechts in Deutschland zu  
106 diskutieren

107

108

109

110 **Begründung:**

111 erfolgt mündlich.

112

113

114

115

116

117

118

119

120

121

122

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

161

162